

Ein Aufruf Hindenburgs.

Eindringlicher Appell an das Verantwortungsgefühl. — Optimistische Stimmung unter den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates.

Die Eröffnung der großen Wirtschaftskonferenz.

+ Berlin, 29. Oktober.

Die großen Wirtschaftsverhandlungen, die die ganzen nächsten Wochen ausfüllen werden, wurden heute vormittag um 11 Uhr durch den Reichspräsidenten eröffnet. In dem äußeren Bilde der Wilhelmstraße machte sie sich durch die große Wagenansammlung vor dem Haupteingang der Straße bemerkbar. Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße hatte sich eine zahlreiche Zuschauermenge eingefunden. Die Konferenz selbst fand in dem Saal in der ersten Etage statt. An der Sitzung nahmen außer dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler sämtliche Reichsminister teil, ferner Reichsbankpräsident Dr. Luther und die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates, mit Ausnahme des Reichsfinanzministers Dr. Brüning, der von einer Amerikareise noch nicht zurückgekehrt ist, und des Reichsleiters Reichard, dessen Mandat zunächst Reichspräsident von Hindenburg empfangen. Die Teilnehmer im Großen Saal des Reichspräsidentenpalais und begrüßte sie hier mit folgender Ansprache:

Meine Herren!

Es ist mir eine angenehme Pflicht, Sie — ehe wir an unsere ernste Arbeit gehen — willkommen zu heißen und Ihnen für die Bereitschaft zu danken, mit der Sie meinem Rufe Folge geleistet und Ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben.

Die schwere Krise der Weltwirtschaft und Deutschlands besondere wirtschaftliche Bedrängnis erfüllen alle Schichten unserer Bevölkerung mit banger Sorge.

Sie rütteln an den Grundpfeilern des wechselseitigen Vertrauens und erschüttern die Zuversicht in die Erhaltung der Grundlage unserer Volkswirtschaft. Im Bewußtsein der Verantwortung, die ich vor dem deutschen Volke und vor meinem Gewissen trage, habe ich mich entschlossen, angesichts der außerordentlichen Wirtschaftskrisis

einen besonderen und außergewöhnlichen Weg zu beschreiten. Ich habe nach Vorschlägen der Reichsregierung aus führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens, aus den großen Wirtschaftskreisen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleinindustrie, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Wirtschaftsbeirat zusammenberufen, und Sie, meine Herren, heute zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung zu mir geladen, um der Reichsregierung bei ihren Bemühungen um einen Weg zu helfen, auf dem die wirtschaftliche und soziale Not des deutschen Volkes zum Besseren gewendet werden kann. Niemand von Ihnen wird verkennen, in welchem Maße die Lage Deutschlands durch weltwirtschaftliche und weltwirtschaftliche Umstände bestimmt wird. Hier liegen die schweren und großen Aufgaben der deutschen Außenpolitik. Von Ihnen aber erwarte ich, daß Sie sich mit mir und der Reichsregierung von dem unbeugsamen Willen befehlen lassen, wie auch immer die Entwicklung der Welt sein mag,

aus der eigenen Kraft Deutschlands heraus von unserem Volke abzuwenden, was eigenes Handeln nur irgend abzuwenden vermag.

Nur so wird eine Grundlage geschaffen für die notwendigen internationalen Bemühungen zur Lösung der gesamten Weltkrise. Nur das Bewußtsein solcher Pflichterfüllung und äußerster Kraftanstrengung wird unser Volk befähigen, in innerer Verbundenheit und mit nationaler Würde das zu tragen, was sich an seinem Schicksal als unabwendbar erweist. Die Aufgabe, die Ihnen gestellt ist, kann nur bei richtiger Wertung der wirtschaftlichen Krise und in gerechter Abwägung widerstreitender Interessen gelöst werden. Ich erwarte

als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständigen und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gegensätze und eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage.

Wenn diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, darf jeder von Ihnen sich nur der Gesamtheit des deutschen Volkes und dem eigenen Gewissen verantwortlich fühlen, muß sich jeder innerlich loslösen von Gedanken an Gruppeninteressen und an Einzelinteressen. Nur wenn solche Gesinnung Sie, meine Herren, erfüllt, werden Ihre Beratungen den

sittlichen Wert und die überzeugende Kraft besitzen, ohne die ein gesundes und lebenskräftiges Volk sich nicht führen läßt.

Wenn das deutsche Volk durch die wirtschaftlichen und moralischen Wirnisse und die Gefahren innerer Zerkleinerung hindurch zu besserer Zukunft gelangen soll, so ist hierfür Voraussetzung,

daß die Führer der Wirtschaft zusammen mit der Reichsregierung einen klaren und zielgerichteten Weg gehen.

Möchte Ihre Zusammenarbeit, meine Herren, Ergebnisse zeitigen, welche die Reichsregierung in den Stand setzen, auf Grund der verfassungsmäßigen und geschäftlichen Verantwortung, die ihr die Pflicht der Führung zuzuwenden, mit wirksamen Maßnahmen zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft und zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens vorzugehen. Dieses Ziel steht vor Augen, lassen Sie uns nunmehr an die gemeinsame Arbeit gehen!

Der Reichspräsident eröffnete dann im Sitzungssaal die erste gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsbeirates und der Reichsregierung und erteilte zunächst dem

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort. Der Reichskanzler legte in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Lage und die zur Besserung der Wirtschaftslage in Frage kommenden Möglichkeiten dar. Danach schloß sich ergänzende Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmingh und des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther. Die Konferenz folgte der Rede des Reichspräsidenten und den ausführlichen Darlegungen des Kanzlers, der Minister und des Reichsbankpräsidenten mit großem Interesse. Die Generalansprache begann heute nachmittag um 5 Uhr. Sie dauerte bis 7 Uhr; es kamen die Vertreter der verschiedenen Berufe zu Worte. Stimmungsmäßig läßt sich feststellen, daß der eindringliche Appell des Reichspräsidenten an das Verantwortungsgefühl der Beteiligten offenbar noch einen sehr starken Eindruck gemacht hat. Jedenfalls hören wir von gutunterrichteter Seite, daß sich in der Aussprache des heutigen Nachmittags

trotz der natürlichen Gegenläufigkeit in der sachlichen Einstellung allgemein ein erfreuliches Bewußtsein für die Forderungen der gegenwärtigen Notzeit gezeigt hat.

Die Besetzung des preußischen Finanzministeriums.

— Berlin, 29. Oktober.

Wie das Nachrichtenbüro des WDJ. hört, wird in der nächsten Sitzung des preußischen Staatsministeriums am nächsten Freitag Staatssekretär Schleusener vom Finanzministerium einen Vortrag darüber halten, ob es technisch möglich ist, den preußischen Etat für 1932 schon im Dezember an den Staatsrat gelangen zu lassen entgegen der ursprünglichen Absicht, den Haushaltsplan erst im Februar vorzulegen. Diese morgige Sitzung des Preußenkabinetts wird zum ersten Male nach seiner Eröffnung wieder Ministerpräsident Braun leiten, der morgen nach Berlin zurückkehrt. Die Nachrichten über die Benennung eines neuen preußischen Finanzministers werden am maßgebenden Stelle als Kombination bezeichnet. Der Ministerpräsident sei sich über diese Angelegenheit noch nicht schlüssig geworden. Die Wiederbetragung von Dr. Höpfer-Wachhoff sei etwas erschwert worden durch die Hageners Rede des früheren Finanzministers, die eine gewisse Opposition im Zentrum ausgelöst habe.

Die Umschuldungsaktion.

Von unserer Berliner Redaktion.

X Berlin, 29. Okt. (Draht.)

Die Verhandlungen über die Umschuldungsaktion für die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Gemeinden stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Wie wir hören, denkt man an die Emission eines besonderen Wertpapiers, das mit einer Reihe von Sonderprivilegien ausgestattet werden soll. In diesem Zusammenhang wird auch von dem Plan einer Prämienanleihe gesprochen, die mit einem Zinsfuß von 6½ Prozent und einer Prämie von 1 Prozent ausgestattet werden soll. Indessen ist dieser Plan noch ungetrübter, da eine Reihe von Bedenken gegen ihn bestehen.

Der morgige Vormittag wird von Verhandlungen frei bleiben, damit die Vertreter der Gruppen Gelegenheit haben, sich miteinander zu beraten. Nach der bisherigen Aussprache kommt es ihm nämlich darauf an, zu Formulierungen zu gelangen. Sie sollen morgen vormittag ausgearbeitet werden, sodas sie am Nachmittag in der Vollziehung des Wirtschaftsbeirates vorgelegt werden können, die um 5 Uhr wieder unter dem Vorsitz und im Hause des Reichspräsidenten beginnt. Man rechnet damit, daß die Generalansprache bereits morgen abend zum Abschluß kommen und zur Einleitung der drei Sachausschüsse für die Hauptfragen (Zinsfrage, Lohn- und Tarifproblem und Preisbildung) führen wird. Bei aller Anerkennung der Schwierigkeiten, die in der Natur der Probleme liegen, werden in Kreisen der Beteiligten die Aussichten heute abend doch so optimistisch beurteilt, daß man fast sogar an einen schnelleren Abschluß der ganzen Arbeiten glaubt, als ursprünglich erwartet wurde. Man rechnet damit, daß die Ausschüsse, die sofort mit der Arbeit beginnen sollen, schon Ende der nächsten Woche neuere Berichte vorlegen werden.

Die Bedenken der Gewerkschaften.

— Berlin, 29. Oktober.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger ergab, ergaben sich bei der Beratung des Wirtschaftsbeirates, mit der die gewerkschaftlichen Kreise erkläre, daß die Gewerkschaften an den Arbeiten des Wirtschaftsbeirates mit einer gewissen Sorge entgegenstehen, weil der Wirtschaftsbeirat nach ihrer Ansicht zu umfangreich ist und die Arbeit mehr in ihm zu schwach vertreten seien. Die Gewerkschaften hegen die Befürchtung, daß von den einzulegenden Unterschriften die Kommission für die Lohnfragen mit ihrer Arbeitgebermehrheit sehr schnell zu weiteren Kürzungsbeschlüssen komme, während die Kommission für die Preisbildung um ihre Arbeiten erst viel später abgelaufen sein könnten. Die Gewerkschaften betonen, daß hier eine wesentliche politische Aufgabe der Reichsregierung liege, von deren Lösung es abhängen könne, ob die großen Spitzengewerkschaften bei der bisherigen Haltung zur Regierung Brüning noch zu bleiben können. Die Vertreter der Spitzengewerkschaften versammelten sich heute nach der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftsbeirates nochmals zu einer Sonderkonferenz, in der sie sich über die bevorstehenden bedeutsamen Arbeiten des Wirtschaftsbeirates unterhielten.

Auch Schurman wird deutsch.

— Berlin, 29. Oktober.

Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, hat sich in einer Rede vor der historischen Gesellschaft von Weltkrieger (USA) gegen den Versailles Vertrag und den polnischen Korridor ausgesprochen, der zu einem neuen Elend führen werden würde, wenn sich keine friedliche Lösung finden lasse. Schuld an den augenblicklichen Zuständen in Europa und besonders in Deutschland sei der Versailles Vertrag. Die Diktatoren in Paris benutzten das Wort „Reparationen“, um Deutschland zu einer unmöglichen Last aufzubürden.

Hoesch kommt nach Berlin.

— Paris, 29. Oktober.

Botschafter von Hoesch verließ am Donnerstag abend Paris, um sich auf Veranlassung der Reichsregierung nach Berlin zu begeben. Der Botschafter wird dort die Angelegenheiten der Reichsregierung entgegennehmen, um bei der Rückkehr La Vals aus Amerika sofort mit ihm in Berlin zu treffen. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Beilegung der in Frankreich gegenwärtigen Einberufung des Sachverständigen Ausschusses für die Tribune. Der Sonderberichterstatter der „Information“ an Bord der „Sole de France“ erklärt in seinem Donnerstag-Bericht, daß La Val großen Wert darauf lege, den im 8. des Young-Plans vorgesehene Sachverständigen-Ausschuss so rasch wie möglich zusammenzubringen, damit er die Lage in Deutschland prüfen und die Regierung geeignete Vorschläge unterbreite. La Val beabsichtigt außerdem, die Kammer aufzufordern, La Val unverzüglich über die Politik auszusprechen, die sie in Zukunft zu verfolgen beabsichtigt.

Kanada will Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz.

— London, 29. Oktober.

Der kanadische Premierminister Bennett gab bekannt, die kanadische Regierung würde sofort bei den Regierungen des Empire beantragen, die für das nächste Jahr geplante Weltwirtschaftskonferenz sobald wie möglich in Ottawa zusammenzutreten zu lassen.

Tagesfragen.

Unter Führung des Reichspräsidenten.

Die Eröffnung der Beratungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung durch den Reichspräsidenten zeigt, welche große Bedeutung das Reichsoberhaupt den Verhandlungen beimisst. Sehr selten geschieht es, daß Reichspräsident von Hindenburg den Vorsitz im Reichskabinett oder in einem besonders gebildeten Gremium übernimmt. Durch den Eingriff des Reichspräsidenten soll der Gefahr vorgebeugt werden, daß sich die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates durch ein allzu heftiges Aufeinanderplayen der Meinungen von den wahren Zielen ablenken lassen. Da die Beratungen des Wirtschaftsbeirates streng vertraulich sind, so besteht eine gewisse Garantie, daß wenigstens von außen her die Beeinflussung nicht so stark sein kann, wie sie es wäre, wenn täglich über den Verlauf der Beratungen offiziell oder offiziös berichtet würde. Wenn auch infolge der Geheimhaltung der Verhandlungen keine festen Anhaltspunkte über das Programm vorhanden sind, das die Reichsregierung dem Wirtschaftsbeirat vorgelegt hat, so steht doch fest, daß es sich bei der geplanten Preislenkung um Eingriffe bei den Marktaristiken handelt. Außerdem soll auf der Lohnseite eine Lockerung der Tarifverträge da vorgelegen sein, wo in einzelnen Wirtschaftskreisen eine solche Regelung notwendig ist. Daneben steht die Zinslenkung, die von der Senkung des Reichsbankdiskonts in Gang gebracht werden soll. Weiterhin wird sich der Wirtschaftsbeirat mit den Rohstoffabfällen sehr ernsthaft zu befassen haben. Die Aufgabe des Wirtschaftsbeirates ist unzweifelhaft sehr schwer, denn es soll nicht nur rasch gearbeitet werden, sondern es ist auch ein Gutachten über neue harte Opfer aufzustellen, die dem deutschen Volke abgemittelt werden sollen.

Hitlers Generalsbesuch.

General von Schleicher, der Chef des Ministeriums im Reichswehrministerium, hat zwei Unterredungen mit Hitler gehabt, die eine vor zwei Wochen, die andere vor einer Woche. Diese Gespräche, die nicht im Dienstzimmer des Generals, sondern in dessen Privatwohnung stattfanden, sollen, wie man aus dem Reichswehrministerium hört, nur von kurzer Dauer gewesen sein. Sie seien nicht geheim gewesen, es habe sich vielmehr um dienstliche Gespräche gehandelt, die mit Wissen der zuständigen Reichsstellen, also auch des Reichswehrministers, geführt wurden und deren Ergebnis den interessierten Stellen, u. a. auch dem preussischen Innenminister mitgeteilt worden ist. Gegenstand der Unterhaltung war die Frage, ob die nationalsozialistische Partei in der letzten Zeit, insbesondere seit dem Ulmer Reichswehrprozeß, noch irgendwelche Versuche zur Beeinflussung von Reichswehrangehörigen unternommen habe. Das Ergebnis sei, daß die Leitung der nationalsozialistischen Partei eine solche gefährliche Tätigkeit grundsätzlich ablehne. Hitler habe betont, daß er nie in seiner Partei dulden würde, der sich illegal betätige. Vielleicht erfährt man in der nächsten Zeit noch von weiteren Besuchen Hitlers, die den Zweck haben, seine Partei regierungstreu zu machen. Es ist etwas unverständlich, weshalb der Führer der Nationalsozialisten es stets bei Worten bewenden läßt, anstatt durch die Tat die „Legalität“ seiner Partei zu beweisen. Hitler könnte durch die Auflösung seiner Schutzgarde, die sich aus den SA-Leuten zusammensetzt, den besten Beweis dafür erbringen, daß ihm ein gewalttätiges Eingreifen in die Mäße der Politik fernliegt. Solange jedoch großartige Paraden abgehalten werden und solange die SA-Leute von Gewaltmitteln Gebrauch machen, muß man hinter die Beteuerungen Hitlers, daß seine Partei „nur auf legalen Wege“ zur Macht gelangen wolle, ein Fragezeichen setzen. Selbst wenn man annehmen will, daß Hitler persönlich es mit seinen Beteuerungen ernst meint, so tauchen doch berechtigte Zweifel auf, ob er bei der Bewirkung seiner Absichten die Mehrheit seiner Partei hinter sich hat. Einige der nationalsozialistischen Sterne zweiter Klasse lassen jedenfalls erkennen, daß sie in anderen Bahnen wandeln als ihr oberster Chef. In dieser Hinsicht hat wieder einmal der verflorenen thüringische Minister Dr. Frid, der als Vorkämpfer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion immerhin zu den Prominenten der Partei gehört, aus seinem Dergen keine Wiedergabe gemacht, sondern in Breglau mit Nachdruck betont, nach der Dargburger Tagung gehe die nationalsozialistische Arbeiterpartei ihren alten programmatischen Weg weiter. In den Gerichten über eine Verständigung zwischen Brüning und Hitler erklärte Dr. Frid, daß das Ziel der „nationalen“ Opposition der Sturz der Brüning-Regierung sei und unverändert bleiben werde. Selbst wenn man zugebe, daß auch Dr. Frid bei der Ausführung seiner Absichten nicht an Gewaltmittel denkt, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß zwischen den Worten Hitlers und den Ausführungen des „Völkischen Beobachters“ einerseits und den Reden bekannter Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei andererseits eine tiefe Kluft vorhanden ist. Solange dieses Doppelspiel betrieben wird, hat es keinen Wert, die Annäherungsversuche der Nationalsozialisten als ernsthaft aufzufassen. Immerhin

kann man aus diesem Anlaß wieder konstatieren, wie wenig einheitlich die Nationalsozialisten orientiert sind.

Holland in Gold und Not.

Die Noten der Niederländischen Bank dürften in diesem Augenblick mit 80 v. H. in Gold — vielleicht auch mit etwas mehr — gedeckt sein und dabei vermehrt sich vor in den unterirdischen Bankgewölben ruhende Schatz an gelbem Metall von Woche zu Woche. Also ist Holland eines der reichsten Länder der Welt? Jawohl, nach den Begriffen derer, die Goldspeicherung mit wirtschaftlicher Bedeutung verbinden. In Wirklichkeit ist es so, daß es sich um ein Goldhortungsgebiet handelt, um eine Panik, die durch den Sturz des englischen Pfundes hervorgerufen ist. Die holländische Ausfuhr nach England — meist in Lebensmitteln bestehend — hat durch die Entwertung des Pfundes gegenüber dem teuren holländischen Geld einen schweren Schlag erlitten. Holländisches Gemüse, der Reichtum des Landes, ist unausführbar geworden und verkauft im Lande selbst. Die Gold- und Goldnotenanfertigung hat zur Folge, daß das Geld aus dem Verkehr verschwunden ist und sich kaum durch hohe Zinsangebote aus seinen Vertiefungen hervorlocken läßt. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen sogar eine so reiche Stadt wie Amsterdam in Budgetschwierigkeiten gerät, und dabei wird diese Gemeinde nicht die einzige bleiben, der es so geht. Freilich gibt es in Holland verhältnismäßig viel reiche Leute, die ein großes Renteneinkommen aus erblichen Staatspapieren oder aus Aktien von Kolonialgesellschaften beziehen. Unter den letzteren spielen die Aktien der Chinarinde eine große Rolle. Die Gesellschaften zahlen riesige Dividenden, denn Niederländisch-Indien hat das Monopol für den unentbehrlichen Drogenstoff und die Gesellschaften halten die Preise auf einer Höhe, die schon oft als wucherisch bezeichnet worden ist und gegen die sogar der Döckerbund schon Vorstellungen erhoben hat — natürlich ohne eine beträchtliche Wirkung zu erzielen. Wie Holland zu seinem Chinamonopol gekommen ist, das ist eines der interessantesten Kapitel der Wirtschaft- und Kolonialgeschichte. Der Chinarindenbaum, der nichts mit China zu tun hat, hat seine Heimat in

den peruanischen und bolivianischen Anden. Erst in den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts hat ihn der deutsche Botaniker Gustav Schimper in Auftrag der niederländischen Regierung mit Lebensgefahr von dort geholt — die Ausfuhr war von den südamerikanischen Regierungen streng verboten — und nach Java verpflanzt. Dort ist es gelungen, den Baum plantagenmäßig so zu kultivieren, ihn in solchen Mengen, mit solchem Ertrage und in solcher Qualität zu züchten, daß heute die holländisch-indische Chinarinde ein tatsächliches Monopol auf dem Weltmarkt hat und sowohl die südamerikanischen wie die in anderen Tropenländern gezeigten Erzeugnisse nicht mehr gegen sie aufkommen. Aber die Freude wird nicht ewig dauern. Gerade jetzt in dieser für Holland so kritischen Wirtschaftswende kommt aus Deutschland die Nachricht, es sei einem hamburgischen Chemiker gelungen, in seinen Reaktionen ein synthetisches Chinin herzustellen, das den aus der natürlichen Rinde gewonnenen Stoff vollständig ersetzen könne. Man kann sich denken, daß diese Kunde keinen angenehmen Eindruck in Holland macht. Man fürchtet die deutsche chemische Wissenschaft. Vor 120 Jahren ist es Marggraf gelungen, Zucker aus deutschen Rüben zu gewinnen und dadurch dem Monopol des kolonialen Rohzuckers ein Ende zu machen, und vor einem Menschenalter erfanden deutsche Chemiker den synthetischen Indigo, der der Tod des blühenden Indigoanbaus der Engländer in Ostindien wurde. Diese Beispiele, die sich noch durch andere — man denke an das synthetische Vanillin — vermehren lassen, zeigen den Dutchman, wohin die Reise geht. Ist es nicht eine merkwürdige Fügung, daß ein deutscher Botaniker ihnen zum Anbau einer Chinarinde in Java und damit zu einem riesigen, ins Mutterland strömenden Goldfluß verhalf, und daß ein deutscher Chemiker jetzt dieses Gold wieder nach anderen Ländern ablenken will? Alles flieht, sagte der altgriechische Philosoph Heraklit, und daraus folgt ein Rest für die Länder, die heute in Not sind. Auch das Gold, das sich heute an einzelnen Stellen der Welt gesammelt hat, muß wieder ins Fließen kommen und seine eigentliche Bestimmung erfüllen: eine schmerzende Strafe zu sein, auf der die Güter sich zum Erzeuger zum Verbraucher bewegen, nicht ein starrer Sumpf, in dem alles stecken bleibt.

Kritik an der preussischen Sparnotverordnung.

Verkleinerung des Staatsrates abgelehnt.

(Berlin, 29. Oktober.) Der Preussische Staatsrat befaßte sich am Donnerstag eingehend mit der preussischen Sparnotverordnung. Bevor man in diese Beratung eintrat, wurden einige andere Vorlagen erledigt. Die erste Punkt auf der Tagesordnung stehende Verordnung über

die Sicherheitsleistung zu Gunsten der Landesbank der Rheinprovinz

wurde auf den nächsten Sitzungsdienstag vertagt. Zu dem Gesetzentwurf über die Zusammenlegung des Staatsrates erstattete Dr. Meinenfeld (Vrb. Gem.) den Bericht über die Beratungen des Verfassungskomitees, wonach die Vorlage abgelehnt wird. Der Berichtstatter wies zunächst auf die grundsätzliche Bedeutung hin, die einer vom Innenminister Dr. Seeverling in der Landtags-Sitzung vom 14. Oktober abgegebenen Erklärung beizumessen sei, in der gesagt worden war, daß die Landtage, die die Verkleinerungsvorlage für den Staatsrat als Gegenstand eingeleitet sei und dem Staatsrat vorgelegt werde, während die Herabsetzung der Mitgliederzahl des Landtages im Bereich der Provinzverwaltung nicht etwa nur eine formale Angelegenheit bedeute, sondern daß damit zum Ausdruck gebracht werde, daß durch die Verkleinerung der preussischen Landesparlamente in Bestimmungen der Verfassung geändert werden könnten. Im übrigen sei im Ausschuss zum Ausdruck gebracht worden, daß die Vorlage in einer Reihe von Bestimmungen Verfassungsänderungen umfasse. Die Vorlage bedeute eine Herabsetzung der Mitgliederzahl des Staatsrates um rund 1/4, indem nicht mehr, wie bisher, auf 500 000 Einwohner einer Provinz ein Vertreter für den Staatsrat entsandt sei, sondern auf je 750 000 Einwohner. Von besonderer Bedeutung sei die weitere Abänderung, daß

die kleinen Provinzen, als Mindestzahl nur noch zwei Vertreter für den Staatsrat stellen sollen, nicht mehr drei.

Die Vorlage bringe wesentliche Ersparnisse nicht mit sich. Man dürfe auch nicht, wie die Begründung es tue, die Tätigkeit des Staatsrates mit der des Preussischen Landtages in Parallele stellen. Wenn wir von 81 auf 52 Mitglieder herabsetzen wollen, dann wird bei der Zahl der Auswahlen jedes ordentliche Mitglied des Staatsrates in einem Auswahlsitz. Man darf tagen aber zwei und drei Auswahlen gleichzeitig. Die Folge wäre, daß die Hauptarbeit nicht mehr in den Ausschüssen geleistet werden könnte, sondern daß das Plenum mehr und längere Sitzungen abhalten müßte. Die kleinen Fraktionen, die nicht im Ausschuss sitzen, müßten dann im Plenum ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Wir würden dann mehr Diskussionsaufwand haben. In einer Entschließung der Vertreter der Provinzen sind die oben geltend gemachten Gesichtspunkte angeführt worden. Soll der Staatsrat wirklich ein Spiegelbild der Provinzen sein, so ist seine Vertretung in der vorgesehenen Weise ausgeschlossen. In diesen Provinzen würde dann nur noch eine Vertretung, ein Berufsstand in den Staatsrat vertreten sein können, ferner würde dadurch eine

Verkleinerung zugunsten der großen Städte und zu Ungunsten des flachen Landes

erfolgen. Wir bitten Sie daher, diesem Vorlage der Regierung nicht zu folgen. (Beifall.)

Präsident Dr. h. c. A. von dem Hauert stellt hierauf die einstimmige Zustimmung des Staatsrates zu dem Gesetzentwurf an Ablehnung des Gesetzentwurfes fest.

Der Staatsrat wendet sich dann der förmlichen Anfrage des Reichstages vom 18. Oktober bezugnehmend betreffend die einstimmige

Vernehmung von am Volksentscheid beteiligten Beamten in den Rubelstern

und der darauf eingegangenen Antwort des Ministers des Innern zu. Der Berichtstatter Windhork (Arbeitgemeinschaft) weist auf die Antwort des Innenministers vom 27. Oktober hin, in der lediglich mitgeteilt wird, daß der Minister auf seine Ausführungen in der Sitzung des Preussischen Landtages vom 18. Oktober Bezug nimmt. Dr. Langemann (Arbeitgemeinschaft) betont, daß mit den Ausführungen des Ministers am 18. 10. die von der Arbeitgemeinschaft gestellte Frage nicht beantwortet ist. Bei der Vernehmung am Volksentscheid handelte es sich um eine von der Verfassung verlangte Meinungsäußerung jedes Deutschen. Der Preussische Innenminister glaube sicherlich, daß er seine

Verordnung vertreten kann, man muß aber feststellen, daß sein Vorgehen nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen sei.

Dr. Seppelt (3.) gibt folgende Erklärung ab: Die Zentrumsfraktion des Preussischen Staatsrates beurteilt es, daß eine Reihe von Beamten durch ihre Beteiligung am Volksentscheid die durch ihre Stellung gebotene Zurückhaltung haben vernachlässigt. Sie kann sich aber aus prinzipiellen Gründen mit den Methoden nicht einverstanden erklären, mit denen die Beteiligung am Volksentscheid festgestellt und gesichert werden soll.

Damit war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Der Staatsrat begann die Beratung der preussischen Sparnotverordnung und der Änderungs- und Durchführungsbestimmungen.

Oberbürgermeister Brauer-Altona (Soz.) erstattete den Bericht über die Auswahlsitzungen und empfahl die Annahme eines Auswahlsatzes der folgenden Art:

Der Staatsrat hält an seiner Auffassung fest, daß die Vorlage gemäß Artikel 40 Abs. 4 dem Staatsrat vorzulegen zur Anhörung hätte vorgelegt werden müssen. Unabhängig von der Entscheidung dieser Streitfrage hält der Staatsrat unter den vielen Unklarheiten der Sparverordnungen und ihre Ausführungsbestimmungen insbesondere folgende Punkte für klarstellungsbedürftig: 1. Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnungen, 2. die Zeitpunkte der Inkraftsetzung der Bestimmungen, 3. Gültigkeit der Bestimmungen über die Auswahlsitzungen auf die Gemeindefunktionäre und Angehörigen sowie auf die Mitglieder der kommunalen und gemeindlichen Behörden und Organe.

Nach Mitteilung des Staatssekretärs im Finanzministerium wird das finanzielle Ergebnis der Einnahmen für den preussischen Haushalt im laufenden Etatsjahr nur den Betrag von 11 Millionen Reichsmark ausmachen. Auch bei den Gemeindefunktionären werden die Ersparnisse weit hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Die Ersparnisse stehen in keinem Verhältnis zu dem schweren Schaden.

den die Sparverordnung durch Erschütterung des Rechtsbodens, durch unnötige Eingriffe in die Selbstverwaltung, durch die Beeinträchtigung der sozialen und kulturellen Lebensinteressen unseres Volkes und an Härten und Unbilligkeiten für die einzelnen Beamten und Angehörigen verursacht. Die Hilfsmaßnahmen, welche Reich und Land in den bisherigen Sparverordnungen zu Gunsten der betroffenen Gemeinden getroffen haben, reichen in keiner Weise aus, um der ungeheuren Finanznot der Gemeinden und Gemeindeverbände abzuhelfen. Der Staatsrat hält mit dem Landtage eine sofortige weitere ausreichende Reichs- und Staatshilfe für unbedingt erforderlich.

Der Berichtstatter erklärte im einzelnen, die Notverordnung sei

eine Probenkammer in der Zeit der Winterhilfe.

Wie das Wachen aus der Fremde habe jedes Ministerium seine Gaben gebracht. Der finanzielle Erfolg sei außerordentlich gering. Je schneller diese Sparnotverordnung verabschiedet, und der erschlitterte Rechtsboden wiederhergestellt werde, umso besser! (Beifall.)

Staatssekretär Schaeffner vom Finanzministerium erwidert, daß die Länder durch die Reichsnotverordnung gezwungen worden seien, das Erforderliche zum Ausgleich des Haushalts zu veranlassen. Das sei durch die Sparverordnung geschehen. Bedauerlich sei, daß einige Maßnahmen wieder rückgängig gemacht werden müßten, wegen der Haltung des Reiches, wodurch das finanzielle Ergebnis noch etwas gemindert worden sei. Im übrigen werde in den nächsten Tagen von der Regierung eine Klarstellung zu den vorgedachten Bedenken des Staatsrates herausgebracht werden.

Was die Verwaltungsreform angeht, so sei auch die Regierung der Ansicht, daß hier das Wort der Zeiten folgen müßte. Im übrigen rechtferliche der Staatssekretär die Haltung der Regierung hinsichtlich der Änderung des Staatsrates und betonte, Artikel 40 der Verfassung sei jetzt ungünstig gefaßt.

Dr. Kersch (Arbeitgemeinschaft) schließt noch mehrmals die große Finanznot der Gemeinden und erklärt, was den Gemeinden mit der einen Hand gegeben werde, werde ihnen mit der anderen wieder genommen.

nommen. Man müsse mit allem Ernst verlangen, daß das Reich wirklich hilft. Der Redner behauptet im gegenwärtigen schwierigen Augenblick den Rücktritt des preussischen Finanzministers Dr. Schaeffner. Brauer (Soz.) betont, wenn die Gemeinden in ihrer Not nicht allein gelassen würden, wenn alle Hilfe

mobilität werde, dann könne man die Not auch dieses Winters meistern. Bei der Abstimmung wird nach Ablehnung des kommunikativen Antrages der Auswahlsitzung ein in dem Sinne angenommen. Der Präsident wird hierauf ermächtigt, die nächste Sitzung zum 1. Dezember einzuberufen.

Vorschlag zur Schaffung einer internationalen Kreditanstalt.

Hoover will sich mit Frankreich in Verbindung setzen.

(Paris, 29. Oktober.)

Der Belgier Francqui war vorgestern in ähnlicher Weise wie Laval Gast des Präsidenten Hoover, mit dem er sich gleichfalls über die aktuellen Fragen, insbesondere über die in Deutschland eingefrorenen Kredite, unterhalten hat. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ Lausanne, hatte nach diesen Verhandlungen erklärt: Er persönlich glaube nicht an eine Verlängerung der im Februar von Deutschland rückzahlbar werdenden kurzfristigen Kredite. Er habe in seinem Leben

noch keinem so erbitterten Kampfe beigewohnt

wie dem auf der letzten Basler Tagung um die Verlängerung dieser Kredite. Er persönlich habe starke Zweifel, daß Deutschland eine weitere Verlängerung der kurzfristigen Kredite durchdrücken werde. Andererseits müsse man sich die Folgen vergegenwärtigen, da Deutschland dann

vor einem finanziellen Zusammenbruch stehen würde, der ganz Mittel-Europa mitziehen würde.

Nichts sei angedeutet als ein Moratorium. Wenn auch die kleinen Länder im allgemeinen vor einem Moratorium zurückzureden, so würden sie, falls Deutschland ein solches erklären müßte, sofort Deutschlands Beispiel folgen. Frankreich und Belgien hätten zwar in Deutschland wenig Kapital eingelegt, dafür aber um so mehr bei den kleinen Staaten. Man müsse sich daher fragen, was aus diesen Geldern werden würde im Falle eines Moratoriums. Zehn Jahre lang hätten Geldverleiher bedürftigen Staaten das Geld aufgebracht. In Amerika sei er mit seinem Plan der Gründung einer Kreditbank

auf sehr viel Verständnis gestoßen.

Hoover habe ihm erklärt, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Falls Paris annehme, würde auch Amerika annehmen. Er (Francqui) habe darauf mit Laval Rücksprache genommen, der mit den zuständigen Ministern über den Plan verhandelt habe. Die Ausfällungen seien jedoch geteilt. Einige stimmten einem diesbezüglichen Vertrag zu, andere seien entschieden Gegner. Die in Deutschland festgelegten Kredite würden nicht

weniger werden, wenn man nicht noch einmal eine Verlängerung durchsetze.

„Deutschland soll sich mit Frankreich unmittelbar einigen“.

(New York, 29. Oktober.)

Der bekannte Teilhaber der Morgan-Bank, Thomas Lamont, behandelt im Zusammenhang mit der Besprechung des Buches von Dr. Schacht „Das Ende der Reparationen“ die deutschen Reparationszahlungen. Lamont sagt in diesem Zusammenhang: „Die Reichsregierung hat sich, anlässlich der letzten deutschen Finanztrise

nicht an den Hauptgläubiger Deutschlands, Frankreich, sondern an England gewandt.

Offenbar aber sind die Franzosen das Volk, mit dem sich Deutschland sowohl finanziell als auch politisch zu einigen versuchen muß. Davon kann sehr wohl das Gebieten oder der Verberb der deutschen Wirtschaft abhängen.“ Lamont fügt seinen Ausführungen hinzu, bisher seien

die deutschen Reparationszahlungen fast ausschließlich durch Anleihen aus den Vereinigten Staaten ermöglicht worden.

Diese Praxis könne unmöglich fortgesetzt werden. Vielmehr sei die Lösung der Reparationsfrage durch eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf eine feste Grundlage zu stellen. Lamont schätzt die deutsche Zahlungsfähigkeit auf jährlich eine Milliarde DM.

Er betont jedoch gleichzeitig, daß vielleicht eine andere Ziffer zugrunde gelegt werden könnte. Des weiteren weist Lamont darauf hin, daß Deutschland unter dem Youngplan das Recht habe, einen Zahlungsaufschub zu verfordern. Deutschland würde jedoch besser tun, da ein solcher Zahlungsaufschub bereits besteht, den nicht im Youngplan vorgesehenen Weg zu geben, sondern sobald wie möglich an Frankreich heranzutreten, um sich mit ihm unmittelbar zu einigen. Zum Schluß unterstreicht noch Lamont, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jede vorgeschlagene Lösung der Schuldfrage vorurteilslos prüfen werde. Die Ausführungen Lamonts erregen in Amerika großes Aufsehen, da Lamont erst am letzten Montag eine lange Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval hatte.

Das Ergebnis der britischen Wahlen.

14240937 Stimmen für, 7316889 gegen die Regierung.

(London, 29. Oktober.)

Die Zahl der für die Regierung abgegebenen Stimmen beträgt 14 240 937, darunter:

Konservative	11 867 687
National. Arb. P.	338 517
Nat. Liberale	1 949 485

Gegen die Regierung haben 7 316 889 Wähler gestimmt, darunter für die oppositionelle Arbeiterpartei 6 611 167.

Von 30 158 967 Wahlberechtigten haben 20 857 826 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die Stimmverteilung nach neuester Zählung war folgend:

- 470 Konservative
- 33 Liberalnationale (Gruppe Simon)
- 33 Liberale (Gruppe Samuel)
- 4 Unabhängige Liberale (Gruppe der Familie Lloyd Georges, bestehend aus Lloyd George, seinem Sohn, seiner Tochter und seinem Schwiegersohn)
- 13 Nationale Arbeiterpartei (Anhänger MacDonalds)
- 2 Nationale
- 52 Arbeiterpartei und 1 Unabhängiger.

Danach hat die nationale Regierung, wenn man die vier Mitglieder der Liberalen Gruppe Lloyd Georges dazu zählt, eine Anhängerschaft von 665 Abgeordneten, während die Opposition im ganzen 63 zählt. Die ausstehenden Wahlergebnisse werden kaum einen Zuwachs der Arbeiteropposition bringen. Das neue Unterhaus wird 14 Frauen umfassen, womit die Zahl der weiblichen Abgeordneten unverändert bleibt. Allerdings hat die Arbeiterpartei, die bisher mit neun Frauen vertreten war, sein einziges Frauenmandat erlangt.

Zwei Nationalliberale in Schottland gewählt.

(London, 29. Oktober.)

Bei den Wahlen zum Unterhaus wurden in den beiden Wahlkreisen der Grafschaft Inverclyde in Schottland zwei Nationalliberale gewählt, jedoch sich die Regierungsmehrheit im Unterhaus auf 557 erhöht, während sich die Zahl der Oppositionellen nach wie vor auf 63 stellt. Die Ergebnisse aus drei Wahlkreisen liegen noch aus.

Das Kabinettsrat um die Befehl des Kabinetts.

(London, 29. Oktober.)

Die Mitglieder des nationalen Kabinetts traten heute nachmittag zum ersten Mal seit den Neuwahlen zu einer Sitzung zusammen. Sir Herbert Samuel, der liberale Führer, hatte eine halbmonatige Unterbrechung mit dem Premierminister vor der Kabinettsitzung. In politischen Kreisen Londons herrscht heute allgemein die Ansicht, daß eine gründliche Umbildung des nationalen Kabinetts notwendig ist, und daß MacDonalds Rede auf dem Goldhill-Bankett am 8. November anlässlich der kürzlichen Ereignisse von außerordentlicher Bedeutung sein wird. Das Kabinettsrat über die Befehl der Ministerposten hat bereits begonnen und man fragt sich beispielsweise, ob Neville Chamberlain, der äußerlich fähige Bruder Sir Austen Chamberlains, Schatzkanzler werden wird oder der bekannte liberale Wirtschaftler Sir Walter Runciman. Man glaubt auch, daß Sir John Simon einen Platz in der Regierung finden und daß die kleine Gruppe der nationalen Arbeitermitglieder des Unterhauses im Kabinettsrat vertreten sein wird. Eine andere Frage, die politische Kreise lebhaft beschäftigt, ist die der Führer der Oppositionsarbeiterpartei im Unterhaus. Diese Frage ist anlässlich der Tatsache, daß die Komitee der für die Kandidaten der nationalen Regierung abgegebenen Stimmen alle führenden vornehmen liberalen Wirtschaftler weggelassen hat, von besonderer Bedeutung. Man erwartet, daß Henderson bald eine Erklärung der Arbeiterpartei einbringen wird, um die Frage der Führung, so wie verschiedene andere Probleme zu regeln, die sich infolge der Wahlveränderung der Arbeiterpartei ergeben haben. Nach Wählermeldungen wird sich Snowden, obwohl er den Schatzkanzlerposten aufgeben wird, nicht von der aktiven Politik zurückziehen, sondern nach Befehl ins Oberhaus einen neuen Kabinettsposten erhalten.

Bestürzung in der französischen Industrie.

(Paris, 29. Oktober.)

Der Ausgang der englischen Wahlen und die Fälligkeit, die neue Regierung könne das englische Reich im Interesse der eigenen Wirtschaft mit einer hohen Zollmauer umgeben, hat in den französischen Industriegebeten und besonders in der nordfranzösischen Textilindustrie große Bestürzung ausgelöst. Die Handelsbörsen in Lille zeigten am Donnerstag eine selten beobachtete Geschäftstätigkeit. Man war bemüht, die von englischer Seite vorliegenden Aufträge, die zum Teil erst im Laufe dieser Woche getroffen sind, so schnell wie möglich auszuführen. Die Fabrikanten versuchen, ihre Waren schnellstens zum Versand zu bringen, um einem etwaigen Einfuhrverbot zuvorzukommen. In Roubaix waren am Donnerstag vormittag sämtliche Lokomotiven unterwegs, um die für England bestimmten Sendungen fortzuschaffen.

Aus Bochol

Der Sport

Die Fußballspiele, Sportfreunde wie zum Teil der Freundschaftsspiele den nächsten Sonntag haben unserer Extrazug soll der werden. Bei der Bocholter Bedürfnisse Spiele ein erstklassiges des Winters herbei über die zu erwarten öffentlichen. Der Stillschön ein

Beleidigung ein

30. Bocholt, 30. C Straße — Gerichte Personalkraftwagen Hierbei wurde der beschuldigt. Ob der konnte nicht fest dem Unfall sofort nicht geklärt.

Schlicht

30. Bocholt, 30. C Beim Tierhändler lenker zur Anzeige roher Weise behandelte das Tier von Zeit eine Züchtung, die notwendig gewesen wenn man diese ro Mangel an Mut, brutale Behandlung wollen.

Anbringung von

30. Bocholt, 30. C der preussische Ministerordnung für das geltende der Verkehrsregeln Kraftfahrern für Fahrregelnnahme dürfte sehr im benachteiligten Bocholt und sich auch

Veretne unter

Es ist gewiss loblich, tags und der drückenden Frosttagen und Humors kommen. Auf diesen „Sängerbund“ (Bocholter) gestellt nach dem Wort Zeit erweckt Lust dabei um Hellelitz Dichtungen und Kom nicht um solche wird. Männer, Frauen das Programm dar, nistkin Giesela Der mit in allererster Reilands fest, erweitert übernimmt Fritz S Stunde ungetrübter dieses Konzert, das abends 8 Uhr, im S

Arbeiterverein S

Verammlung der Er daß die Verammlung stattfinde.

A. D. F. An dem

2. November, abends 8 Uhr Gymnastik beginnt, Mädchen teilnehmen. Neufahrt 17.

„Kinderwohl“ Se

lung der Helfer und

Eine Gymnastik-Ver

tag) abends um 8 Uhr hauled durch die Mäxle mit ihren Katten sind in Lungen Temming und Bödenhoff und Josef

Aus der Heimat.

Bocholter Winterhilfe.

Der Sport im Dienst der Winterhilfe.

Die Fußballvereine F. C. Chamavia, F. C. Olympia, Sportfreunde 97 und Sportklub 1928 haben sich, wie zum Teil bereits mitgeteilt, bereit erklärt, je ein Freundschaftsspiel gegen einen auswärtigen Verein an den nächsten Sonntagen auf den verschiedenen Sportplätzen unserer Stadt spielen zu lassen. Der Reinertrag soll der Bocholter Winterhilfe überwiesen werden. Bei der großen Sportbegeisterung unserer Bocholter Bevölkerung steht zu erwarten, daß durch die Spiele ein erheblicher Betrag zur Linderung der Not des Winters hereinkommen wird. Nähere Einzelheiten über die zu erwartenden Spiele werden wir noch veröffentlicht. Den wackeren Sportlern sei auch an dieser Stelle schon ein herzliches „Vergelt's Gott“ zugerufen.

Verkehrsunfall.

p. Bocholt, 30. Oktober. An der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße — Ebertstraße stieß am Mittwochabend ein Personenkraftwagen mit einem Lastwagen zusammen. Hierbei wurde der linke Kotflügel des Personenkraftwagens beschädigt. Ob der Personenkraftwagen beschädigt wurde, konnte nicht festgestellt werden, da der Fahrer nach dem Unfall sofort davonfuhr. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Beleidigung eines Zollbeamten kostet 30 Mark.

a. Bocholt, 30. Oktober. Wegen Beleidigung eines Zollbeamten hatte sich der Reisende Franz A. vor dem Großen Schöffengericht in Münster zu verantworten. Als A. mit einem Bekannten auf seinem Motorrad die Straße Bocholt — Sport befuhr, tauchte plötzlich im Dunkel der Nacht ein Zollbeamter auf und gab das Haltegeheiß. A., der angab, mit einer Geschwindigkeit von 60-65 km. gefahren zu sein, stoppte nicht ab, sondern fuhr weiter, „weil er keine Bierabreise hatte“. Die Beamten griffen zur Schusswaffe und beschoßen den Lieferwagen, so daß A. schließlich halten mußte. Und als die Beamten erschienen, wurden sie mit „Lebenswörterchen“ Worten wie Strohe, Wegelagerer, Lumpen, Idioten usw. empfangen. Das gab A. zu, weil aber über das Verhalten der Beamten, die ihm seinen Wagen einweiselagerten hatten, verzögert gewesen sein. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis; das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe in Höhe von 30 Mark.

Schützt die wehrlose Kreatur!

x. Bocholt, 30. Oktober. Vom Tierschutzverein Bocholt wird uns geschrieben: Beim Tierschutzverein wurde wieder ein Kollerhender zur Anzeige gebracht, der sein Pferd in äußerster roher Weise behandelte. Ohne jede Veranlassung wurde das Tier von Zeit zu Zeit mit der Peitsche bearbeitet, eine Fälligkeit, die dem jungen Kollerhender sehr notwendig gewesen wäre. — Ein widerwärtiges Bild, wenn man diese rohen Prügel sieht, wie sie ihren Mangel an Mut, den sie sonst selten zeigen, durch brutale Behandlung an wehrlosen Geschöpfen erweisen wollen.

Anbringung von Rückstrahlern für Fahrzeuge.

Bocholt, 30. Oktober. Wie wir erfahren, plant der preußische Minister des Innern eine Polizeiverordnung für das gesamte Staatsgebiet, welche im Interesse der Verkehrssicherheit die Einführung von Rückstrahlern für Fahrzeuge generell beschließt. Diese Maßnahme dürfte sehr zu begrüßen sein, da ja bekanntlich im benachbarten Holland diese Vorrichtung schon lange besteht und sich auch glänzend bewährt hat.

Vereine und Veranstaltungen.

Erstes Winterkonzert des M. G. S. „Sängerbund“. Es ist gewiß üblich, wenn in der Zeit des grauen Winters und der drückenden Sorgen auch einmal Heiterkeit, Frohsinn und Humor im deutschen Volksleben kommen. Auf diesen Gedanken hat der M. G. S. „Sängerbund“ (Bocholt) sein erstes Winterkonzert einberufen. Das Motto: „Ein frohlich Lied zu rechter Zeit erweckt Lust und Heiterkeit“. Es handelt sich dabei um Heiterkeit ebener Art, wie sie in den besten Dichtungen und Kompositionen zum Ausdruck kommt und nicht um solche, die durch banalen Klisché verkauft wird. Männer, Frauen und gemischte Chöre stellen das Programm dar, das durch Solosänger der Sopranistin Gisela Dersch aus Frankfurt a. M., die mit in allererster Reihe der Künstlerinnen Westdeutschlands steht, erweitert wird. Die Begleitung am Flügel übernimmt Fritz Schüller (Bocholt). Wer eine Stunde ungetrübter Freude erleben will, der besuche dieses Konzert, das am Sonntag, dem 8. November, abends 8 Uhr, im Schützenhaus stattfindet.

Arbeiterverein St. Josef. Zu der Nacht über die Verammlung der Ergänzenden ist noch nachzutragen, daß die Verammlung heute (Freitag), abends 7.30 Uhr, stattfindet.

A. D. F. An dem nächsten, der am Montag, dem 2. November, abends 8 Uhr, in den Räumen des alten Gymnasiums beginnt, können noch einige Frauen und Mädchen teilnehmen. Meldungen bei Frau Teuwen, Neustraße 17.

„Kinderwelt“. Heute abends 8.30 Uhr ist Verammlung der Helfer und Helferinnen im Gesellenhaus.

Eine Gymnastik-Vorführung findet morgen (Samstag) abends um 8 Uhr im großen Saal des Schützenhauses durch die Diplom-Gymnastiklehrerin Emma Marie mit ihren Kolleginnen und Schülerinnen statt. Karten sind im Vorverkauf in den Buchhandlungen Temming und Heßborn (für Erwachsene) und Bödenhof und Honfel (für Schüler) zu haben.

30. 10. 1931

Eine

ernste Mahnung

30. 10. 1931

zum Weltspartag!

Nicht unnötig Geld zurückhalten!

Der Zahlungsverkehr in einer Volkswirtschaft wickelt sich solange reibungslos ab, als Ein- und Auszahlungen bei den Geldinstituten in richtigem Verhältnis zu einander stehen. Dadurch wird auch ermöglicht, den laufenden wirtschaftlichen Geldbedarf stets pünktlich zu befriedigen. Unnötiges Abheben oder Zurückhalten von Geld verhindert jedoch diesen Ausgleich und führt zu Kreditkündigungen, die wiederum die allgemeine Wirtschafts Lage verschärfen und die Arbeitslosigkeit vergrößern müssen. Daher gehört jeder entbehrliche Betrag zur Sparkasse, wo er unbedingt sicher und hoch verzinslich angelegt ist sowie zur Förderung der örtlichen Wirtschaft dient.

Die Spareinlagen

bei den deutschen Sparkassen betragen zur Zeit

10 Milliarden RM.

die auf 18 Millionen Sparer entfallen.

Sparkasse der Stadt Bocholt

Kaiser-Franz-Josef-Platz.

15291

Vor den Schranken des Gerichts.

§ Bocholt, 29. Oktober.

Auto gegen Stadtomnibus.

Ein junger Mann aus Bocholt, der erst acht Tage im Besitz eines Führerscheins war, hatte eine polizeiliche Strafverfügung in Höhe von 20 Mark erhalten, weil er an einer Straßenkreuzung mit seinem Kraftwagen gegen einen Stadtomnibus gefahren war. Er erhob Einspruch und wollte natürlich unschuldig sein. Aus der Verhandlung ging jedoch hervor, daß der Stadtomnibus das Vorfahrtrecht hatte. Die Strafe blieb bestehen.

Mit Welschkei und Fahradstichel.

Wie so häufig waren auch diesmal wieder die Kinder der Urtage des nachbarlichen Streites. Ein Eisenbahner aus Bocholt hatte den Jungen einer Nachbarin, die Witwe ist, wieder einmal veranlaßt, verurteilt, weil der Junge ein Eisenbahnstichel in die Mutter in den Arm gesteckt hatte. Daraus ergab sich ein Streit, der sich schließlich auf den Eisenbahner los. Da dieser sich zur Wehr setzt, kommt der Sohn seiner Mutter zu Hilfe und bearbeitet den Kopf des Eisenbahners mit einem gefährlichen Gegenstand, vermutlich einem Fahrradstichel. Die Folge ist eine Anklage gegen Mutter und Sohn wegen gefährlicher Körperverletzung. Sie gehen vor Gericht die Tat zu. Da sie versprechen, sich in Zukunft mit dem Eisenbahner, so gut es geht, zu vertragen, fällt die Strafe ziemlich milde aus. Die Mutter muß ihren Mut mit 10 Mark und der Sohn den seintigen mit 20 Mark büßen.

Freigegeben!

Ein Viehhändler aus Sport war angeklagt, im Jahre 1929 drei Kühe verbotswidrig eingeführt, d. h. geschmuggelt zu haben. Gegen den Angeklagten war schon einmal verhandelt worden. Damals gab er an, die Kühe von einem gewissen A. in Wehrhagen gekauft zu haben. Zur heutigen Verhandlung war dieser A.

seines Zeichens Bahnarbeiter, als Zeuge geladen. Da dieser die Angaben des Angeklagten bestätigte und nachher seine Aussagen mit dem Eid bekräftigte, mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Er will sofort abgeführt werden!

Ein Former aus Anholt, der trotz seiner Jugend bereits achtmal vorbestraft ist (u. a. wegen Einbruchsdiebstahls, viermal wegen Diebstahls, wegen Schmuggels usw.), hatte sich diesmal wegen Wilderns und verbotenen Waffentragens zu verantworten. Er gab die Tat unumwunden zu und erhielt dafür sechs Wochen Gefängnis. Er bat sogar das Gericht, ihn sofort abzuführen, da er ja doch keine Arbeit habe. Dieser Bitte wurde allerdings nicht entsprochen.

Nachklang zu einer Schmugglerjagd.

Ein Arbeiter aus Bocholt, der schon oft vorbestraft ist, hatte im Verlauf einer Schmugglerjagd, die seinem Stiefvater galt, mehrere Päckchen Kaffee, die beschlagnahmt waren, zerissen und den Inhalt auf die Erde gestreut. Außerdem hatte er den Zollbeamten, der den Kaffee beschlagnahmt hatte, bedroht. Da der Angeklagte sich nachträglich bei dem Beamten entschuldigt hatte und in den letzten Jahren nicht bestraft worden ist, kam er mit vier Wochen Gefängnis davon.

2 Monate Gefängnis wegen Händelschleppung. Ein Hilfsarbeiter und ein Fabrikarbeiter (Sohn und Vater) aus Bocholt waren angeklagt, drei gepöndelte Schweine vorfalsch bezeugt zu haben. Zwei Schweine waren verkauft worden, während man das dritte geschlachtet hatte. Vor Gericht behauptete der Sohn, die Schweine gehörten ihm und hätten darum gar nicht für eine von seinem Vater geschuldete Summe von 80 Mark gepfändet werden können. Selbst wenn diese Angaben stimmten, dürften die Schweine, da sie nur einmal gepfändet waren, nicht befreit werden. Das Gericht hatte große Mühe, den angeklagten Sohn

Bei Regen, Wind u. Schnee

NIVEA CREME

Preise: RM. 0.20 - 1.20

von dieser Rechtslage zu überzeugen. Da beide Angeklagten bereits wegen Eigentumsvergehens vorbestraft waren, verurteilte das Gericht jeden von ihnen zu zwei Monaten Gefängnis. Die Verbüßung der Strafe wird jedoch bis zum 30. Oktober 1933 ausgesetzt, wenn sich die Verurteilten bis dahin gut führen.

Im Hitzed über die Kaiser-Wilhelm-Straße

fuhr eines schönen Tages im August ds. Js. ein Kraftwagenführer aus Bocholt. Mehrere Radfahrer, die von dem Kraftwagen gefolgt worden waren, machten an der Abfahrt zwei Polizeibeamte auf den Wagen aufmerksam. Der Wagen mußte halten und die Insassen (außer dem Führer befand sich noch ein Schloffer in dem Wagen) wurden, da sie sich in angeheitertem Zustand befanden, zur Wache zitiert. Hier entspann sich zwischen dem Schloffer und einem Polizeibeamten ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Schloffer dem Beamten, als dieser ihn aufforderte, die Wache zu verlassen, Widerstand leistete und ihn obenbrein beleidigte. Dafür erhielt der Schloffer drei Wochen Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, während der Kraftwagenführer mit zwei Wochen Haft und ebenfalls 50 Mark Geldstrafe davonkam.

Amt Lieder-Werth.

Ländliche Fortbildungsschulen. Um einen Ueberblick der zu erwartenden Schülerzahl zu gewinnen, werden die Schulentastanten Anaben, sofern sie an dem Unterricht teilnehmen wollen, aufgefordert, sich bis spätestens zum 6. November ds. Js., bei den Lehrern der ländlichen Fortbildungsschulen in Barlo I, Hemden I, Lieder-Werth und Mülsum I zu melden. Es liegt im Interesse der Schulentastanten, vollständig und rechtzeitig ihre Anmeldung zu bewirken.

Barlo.

§ Der Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung zunächst die Abnahme der Rechnung für das Jahr 1930 vor. Diese schließt ab in Einnahme mit 44 962.90 Mark und in Ausgabe mit 43 272.55 Mark, so daß ein Bestand von 1690.35 Mark verbleibt. Die für die Befestigungsarbeiten am Durchstichgraben entstehenden Kosten in Höhe von 400 Mark werden auf die Gemeinde übernommen. Die Gemeindevorstellung beschließt, daß in Zukunft von den an das elektrische Ortsnetz anzuschließenden Neu- bzw. Mehranschließen keine Einheitsabgabe erhoben werden sollen. Mehrere Steuerkündigungs- bzw. Unterhaltungsanträge wurden teils bewilligt, teils abgelehnt.

Bunderwick.

m. In Holland verunglückt. Der Motorradfahrer E. Hubers von hier fuhr in Breda mit seinem Motorrad gegen einen Baum. Das Motorrad wurde erheblich beschädigt und der Fahrer am Kopf und an den Beinen verletzt.

Herzbocholt.

§ Der Gemeinderat hielt gestern eine Sitzung ab. Zunächst wurde die Rechnung für das Jahr 1930 abgenommen. Sie schließt ab in Einnahme mit 14 240.19 Mark und in Ausgabe mit 12 437.27 Mark, so daß ein Bestand von 1786.92 Mark verbleibt. Ein Antrag auf Steuerniederlegung wurde genehmigt. In Zukunft sollen von den an das elektrische Ortsnetz anzuschließenden Neu- bzw. Mehranschließen keine Einheitsabgabe erhoben werden.

Dingden.

Hohes Alter. Am Mittwoch beging der Schneidermeister Arnold Schmick gen. „Ome Arnold“, seinen 79. Geburtstag. Der alte Herr, übrigens Junggeselle, ist körperlich sowie geistig noch ganz auf der Höhe. Wir wünschen „Ome Arnold“ einen sonnigen Lebensabend.

Rheide.

Wallfahrt der Jungfrauenkongregation nach Kevelaer. Für die am Feste Mariä Himmelfahrt in Aussicht genommene Wallfahrt nach Kevelaer stehen zwei große Ausflugsbusse nunmehr zur Verfügung, so daß alle Jungfrauen, die sich bis Mittwoch einschreiben gemeldet hatten, mitfahren können. Der Fahrpreis beträgt 2.50 Mark. Weitere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Abfahrt erfolgt 7.30 Uhr ab Markt-Platz in Rheide. Die Fahrtzeit beträgt etwa 1 1/2 Stunden. Die Abfahrt aus Kevelaer erfolgt um 17 Uhr. Alle Teilnehmerinnen wollen nach Möglichkeit vorher in Rheide die H. Messe besuchen und die H. Kommunion empfangen.

Kath. Gesellenverein. Zu dem heute abends 8.30 Uhr im Vereinslokal stattfindenden Religionsvortrag wird nochmals eingeladen. Sämtliche Mitglieder wollen erscheinen, da auch über die demnächst stattfindenden Fackeltzüge gesprochen werden soll.

Borken.

Die Kraftpolizei West — Borken geht endgültig ein. Die Eingabe an den Reichspolizeiminister auf Aufrechterhaltung der Kraftpolizei West — Borken ist endgültig abschend beschieden worden. Der Minister begründet die Ablehnung mit dem starken Verkehrsandrang. Er erklärt in der Begründung der Ablehnung, daß die Bevölkerung sich Unannehmlichkeiten gefallen lassen müsse, wenn die Notlage der Wirtschaft es erfordere. Zum Schluss gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß bei Besserung der Wirtschaftslage eine Wiederaufnahme des Verkehrs eintreten könne.

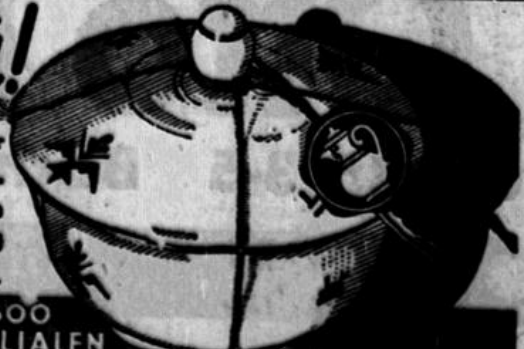
Für die Post- und auswärtige Botenanstage fügen wir aus Anlaß des „Weltspartages“ einen Prospekt zur gefl. Beachtung bei.

Preiswert kaufen-sparen-und dies Geschenk dazu!

Diese schöne Porzellan-Bonbonniere, gefüllt mit köstlichen Pralinen ist unser Weihnachts-Geschenk. Wir zeigen es Ihnen jetzt in unseren Schaufenstern. Sie werden sehen, wie praktisch es zu verwenden ist. Auch passt es zu unserem Kaffee- und Tee-Service aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan. Leicht erwerben Sie es durch Einkauf der guten und billigen Kaiser's Erzeugnisse.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

1500 FILIALEN



Der Regierungspräsident von den städtischen Anstalten eine neue Fürsorgeeinrichtung der Unterstadt. Der Regierungspräsident wei-

